

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 18.06.2020

Fraktion	Betreff des DAes
KPÖ	Schulsportplätze im Sommer gratis nutzen <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
KPÖ	Einführung einer Vermögenssteuer <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ)</i>
FPÖ	„Auf einander schauen“ – Bekenntnis zu blockadefreien Demos <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	SOS Grazer Altstadt: Unsere Altstadt ist zum (Er)leben da! <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	Mehr und besser genutzte Wohnstraßen für Graz <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen; Antrag Punkte 1, 2, 4 und 5 einstimmig angenommen, Antrag Punkt 3 mehrheitlich abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Initiative „Unser Wirt ums Eck“ <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen gegen KPÖ, FPÖ, Grüne, SPÖ)</i>
SPÖ	Prüfung der Notwendigkeiten/Erfordernisse für eine Leerstandserhebung <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Neos	Bekenntnis zu Vielfalt und Toleranz <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Graz, am 18. Juni 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Schulsportplätze im Sommer gratis nutzen

Die aktuelle Corona-Pandemie schränkt die Bewegungsmöglichkeiten und den Drang von Kindern und Jugendlichen, sich im Freien auszutoben, bereits über lange Wochen stark ein. Gerade das wäre aber, wie wir alle wissen, enorm wichtig für die Entwicklung, die Gesundheit und auch das psychische Wohlbefinden.

„Sport ist die Fortsetzung der Gesundheitspolitik mit anderen Mitteln“ formulierte es Sportlandesrat Drexler in einem Interview der „Woche“ vom 10. Juni 2020

Beim Eintrag „venuzle.at“ erfährt man unter „Sportamt“, dass mittlerweile über 7.000 Kindern und Jugendlichen 365 Tage im Jahr auf 28 Bezirkssportplätzen und zwei Langlaufloipen 46 Sportkurse kostenfrei angeboten werden. Das ist ein ganz großartiges Angebot.

Auch die Schulsportplätze der Pflichtschulen in Graz sollten nach diesem Vorbild in der Zeit der langen Sommerferien gratis genutzt werden können. Mit einem solchen Angebot wäre zum einen dem Umstand Rechnung getragen, dass es in manchen Bezirken nur mehr sehr wenig frei zugänglichen Grünraum gibt und sich andererseits Hausordnungen häufen, die beliebte Sportarten, wie beispielsweise das Fußballspielen, in den Innenhöfen verbieten. Gerade jetzt wäre eine kostenlose Öffnung der Schulsportplätze besonders wichtig, da viele Familien wegen der Corona-Pandemie den Sommer zuhause verbringen werden und gleichzeitig die Eintrittskarten der Freibäder stark kontingentiert sind.

Bezüglich der Haftungsfrage der Schulerhalter verweise ich erneut auf Sportlandesrat Drexler, der dazu sagte: „Probleme gibt es etwa im Haftungsbereich, es kann aber nicht sein, dass es daran scheitert.“ - Das meine ich auch!

Eine Möglichkeit wäre, wie es bereits jetzt schon für Spielplätze geregelt ist, auf die freiwillige Begleitung bzw. Aufsicht durch die Erziehungsberechtigten zu setzen. Eine noch bessere Lösung

wäre freilich, angehende SportlehrerInnen oder ausgebildete TrainerInnen während der Ferienwochen zu finanzieren. Dies würde auch die ordnungsgemäße Nutzung der Schulsportplätze garantieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der kostenlosen Öffnung der Schulsportplätze in den Sommerferien zu prüfen, entsprechende Details bezüglich der Haftung mit den Schulerhaltern abzuklären und noch vor Beginn der diesjährigen Sommerferien ein Konzept gemäß dem Motiventext zu entwickeln.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Graz, am 18. Juni 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Einführung einer Vermögenssteuer

Die Corona-Krise bringt nicht nur große Herausforderungen für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich mit sich, auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sind die betroffenen Volkswirtschaften von gigantischen Umbrüchen betroffen. So ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang des BIP in Höhe von 5,2 bis 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, einem Ausmaß, das selbst die Krise von 2008 bei weitem übertrifft.

Auf dutzende Milliarden Euro belaufen sich die Kosten für die öffentlichen Haushalte, vom Bund über die Länder bis hin zu den Gemeinden. Dass aber Vermögen auch in Österreich vorhanden ist, der gesellschaftliche Reichtum groß wie nie zuvor, wird gerne übersehen. Allerdings ist dieses Vermögen extrem ungleich verteilt. Während sich etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger als 3 Prozent des Vermögens teilt, besitzen die oberen 10 Prozent rund zwei Drittel des Gesamtvermögens. Das reichste Prozent (das entspricht rund 90.000 Personen, incl. Kinder) verfügt über 40 Prozent des österreichischen Vermögens¹.

Auch das Steuersystem wirkt dieser Schieflage nicht entgegen, sondern verstärkt bestehende Ungleichheiten. Während die Steuern auf Arbeit und die Abgabenquote zu den höchsten im OECD-Raum gehören, liegt Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern mit rund einem halben Prozent Anteil am BIP im Schlussfeld der OECD.

Oftmals hört man, eine Vermögenssteuer würde ja nur wenig bringen, weil sie nur wenige belasten würde. Tatsächlich zeigen aber Untersuchungen, dass eine progressive Vermögenssteuer (s. u.) dem österreichischen Budget über elf Milliarden Euro bringen würde, und das unter Einrechnung der "Ausweicheffekte", sprich Kapitalflucht.










¹ Studie des Jahoda Bauer Instituts in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank

Das Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der JKU hat Modellrechnungen vorgenommen. Wichtiger Ausgangspunkt dabei ist die Schätzung mit Vermögensdaten, die durch die Inklusion „superreicher“ Österreicher erweitert wurden:

Spalte 1 „Bisherige Daten“: Die erste Spalte zeigt die „klassische“ Rechnung mit den bisherigen Daten der HCF-Studie der Europäischen Zentralbank und Österreichischen Nationalbank.

Spalte 2 „Angepasste Daten“: Die zweite Spalte zeigt, dass durch die realistischere Schätzung sowie durch Einbeziehung der Superreichen mit wesentlich höheren Einnahmen zu rechnen ist.

Spalte 3 „Angepasste Daten mit Ausweicheffekten“: Die dritte Spalte rechnet etwaige „Kapitalflucht“ und Steuer-Tricksereien mit ein.

Modell	Bisherige Daten	Angepasste Daten	Angepasste Daten mit Ausweicheffekten
Lineares Modell I Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1%	2,5 Mrd. 	5,5 Mrd. 	4,2 Mrd. 
Lineares Modell II Freibetrag: 500.000 Euro Steuersatz: 1%	3.6 Mrd. 	6.7 Mrd. 	5 Mrd. 
Progressive Steuer Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1-2 Millionen: 1% 2-3 Millionen; 2% 3 Millionen: 3%	5.8 Mrd. 	14.4 Mrd. 	11.1 Mrd. 

Quelle: Kontrast.at²

Zu vergleichbaren Ergebnissen kam die oberösterreichische Arbeiterkammer bereits vor einigen Jahren.³

Bereits vor der Corona-Krise galten über eine Million Österreicherinnen und Österreicher als arm oder armutsgefährdet, darunter 130.000 Kinder und Jugendliche. Die aktuelle Corona-Krise birgt nun die Gefahr, dass sich diese Zahlen dramatisch erhöhen. 480.896 Arbeitslose (inkl. Schulungen) und rund 1,14 Millionen Menschen in Kurzarbeit (Stand 16. Juni 2020) haben mit z. T. enormen Einkommensverlusten zu kämpfen, dazu kommen noch Selbständige, die z. T. über nahezu 100%ige Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Hilfspakete von Bund, Ländern und Gemeinden leisten wertvolle Unterstützung, können aber den Einnahmenentfall nicht wettmachen.

Es ist nun höchst an der Zeit, dass mit der Einführung einer Vermögenssteuer entgegengesteuert wird. Schließlich kann niemand ein Interesse daran haben, dass die große Mehrheit der

²<https://kontrast.at/vermoegen-oesterreich-steuern-bildung/>

³https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/vermoegenssteuer_bringt_mehrere_Milliarden.html

Bevölkerung die Zeche zahlt, während die wirklich Vermögenden in Österreich keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber, folgende Maßnahmen zu treffen:

- 1. Prüfung oben genannter Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf Privatvermögen ab einer Million Euro.**
- 2. Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, finanziert aus den Einnahmen der Vermögenssteuer.**

Klubobmann Mag. Armin Sippel, MPA
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 17. Juni 2020

Betreff: „Auf einander schauen“ – Bekenntnis zu blockadefreien Demos
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit Freunden nicht spazieren geh'n.
Nur zu viert bei Tische steh'n
Lokale zu zur Abenstund'
-stets eine Maske vor dem Mund.

Dies alles haben wir erduldet-
Covid- 19 war's geschuldet.
Doch kürzlich sah man – dicht an dicht –
Tausende, man glaubt es nicht,

trotz der Gefahr und all der Viren
in den Städten demonstrieren.
Ja, wenn das Thema passend richtig
wird sogar der Abstand nichtig!

„Fridays for Future“, „Black Lives matter“ und was kommt danach?
Demonstrationen sind als wesentliches Freiheitsrecht unbestritten und augenscheinlich voll
im Trend. Muss es wirklich sein, regelmäßig den Joanneumring, den Opernring oder die
Herrengasse als bevorzugte Demorouten zu wählen? Wie schön wäre es, wenn
Demonstrationen verkehrs- und in dieser sensiblen Zeit – vor allem auch wirtschaftsschonend
durchgeführt werden könnten.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich dazu, dass Demonstrationen nach Möglichkeit blockadefrei für die Grazer Wirtschaft und den Verkehr durchgeführt werden sollen. Dadurch soll eine geregelte Geschäftstätigkeit möglich sein und Arbeitsplätze nicht in Gefahr geraten. Ebenfalls soll ein ungestörter Verkehrsfluss garantiert werden. Die Parteien sollen darüber hinaus auf die im politischen Umfeld agierenden Veranstalter zugehen, um in der organisatorischen Abwicklung von Demonstrationen eine - für alle Beteiligten - schonende Durchführung zu erwirken.



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 2020

von

KO GR Karl Dreisiebner

Betrifft: SOS Grazer Altstadt: Unsere Altstadt ist zum (er)leben da!

Seit einigen Wochen hat die geplante Förderung zweier – und nicht aller – Grazer Nachtgastronomen durch die Stadt Graz sehr viel Unmut und noch mehr Unverständnis unter den benachbarten Bewohner*innen, Gastronom*innen und Handelsbetrieben in den beiden Altstadt-Vierteln Karmeliterplatz und Lendplatz ausgelöst. Mittlerweile haben sich viele Menschen aus den Bereichen Architektur, Kunst, Kultur und Wissenschaft sowie Stadtteilinitiativen den Bedenken der lokalen Akteur*innen angeschlossen.

Um was geht es? Laut den Aussagen von Bürgermeister Nagl und jenen der Nachtgastronomen selbst soll es zwischen 3. Juli und 20. September zur täglichen „Bespielung“ des Karmeliterplatzes sowie eventuell einer Wiese am Rand des Lendplatz kommen – am Nachmittag als ´Familienfest´ und allabendlich mit Lautsprecher verstärkter Musik vom DJ-Pult. Alles natürlich im Rahmen der Möglichkeiten und der Regelungen, die die Veranstaltungsrichtlinie der Stadt Graz vorgibt.

(www.graz.at/cms/dokumente/10023260_7708549/cc719ebd/Veranstaltungen_oeffentlicheFlaechen_Richtlinien.pdf.) Oder zumindest beinahe.

So soll zwar lt. Medienberichten die Musik den Grenzwert von 70 dB nicht überschreiten, es wird aber sehr wohl an eine Bespielung bis 23 Uhr anstelle der vorgesehenen 22 Uhr gedacht. Auch die laut Richtlinie erlaubten maximalen Veranstaltungstage werden mehr als ausgereizt, denn entgegen der geltenden Richtlinie sollen es jedenfalls sechs Tage pro Woche werden und der Karmeliterplatz soll über elf Wochen als Veranstaltungsort dienen! Ob es auch am Lendplatz so sein wird, ist bis dato noch unklar, aber Vorfreude entwickelt sich auch im Lend nicht wirklich.

Was ist mit dem öffentlichen Raum, dem Platz wo sich Nachbarschaften treffen, sich alle Generationen aufhalten und viele Familien mit ihren Kindern den sommerlichen (Wasser-)Spielplatz nutzen wollen? Es wird so gut wie der gesamte Bereich, der nicht durch Schanigärten bespielt wird, von diesem Event genutzt werden und damit für andere abgesperrt bleiben. Ist das die Stadt, in der wir alle miteinander gut leben können? Und wollen wir die verbleibenden konsumfreien Orte, die Plätze des sozialen Miteinanders und des Austausches in unserer gewachsenen Altstadt den Menschen wochenlang entziehen? Wollen wir die Angebote der Gastronomie und der Wirtschaft vor Ort ungefragt mit Veranstaltungen beglücken und ihnen damit eine zusätzliche Konkurrenz vorsetzen, die auf Wochen exklusiv einen großen und wichtigen Platz in Anspruch nehmen darf?

Oder wollen wir nicht besser versuchen einen Weg zu gehen, der die gemeinsamen Vorteile im Blick behält, der einen guten Kompromiss darstellt und so möglichst Vielen viel bringt. Um diesen Weg gehen zu können, müssen vorab die lokalen Heroes, die Stakeholder, die Nachbar*innen und die Bezirksvertretung eingebunden werden und mit ihnen ein Dialog darüber gestartet werden, wie häufig und in welcher Form die öffentlichen Plätze wirtschaftlich und touristisch genutzt werden sollen und können.

Wir waren schon einen Schritt weiter, wir führten schon eine Diskussion darüber, welche alternativen Möglichkeiten die Stadt abseits der innerstädtischen Plätze für Veranstaltungen anbieten kann. Bis heute fehlen jedoch die Konzepte und Initiativen für die oft schon versprochene, aber nie realisierte Veranstaltungswiese. Jugend-, Party- und Musik-Kultur ist ein wichtiger Teil städtischen Lebens. Sie sollte von der Stadt Möglichkeiten und einen Ort angeboten bekommen, wo wenig Nutzungskonflikte zu erwarten sind, wo es zu keinem Wettbewerb mit gewachsenen wirtschaftlichen und gastronomischen Angeboten kommt und wo nicht immer wieder auf allgemein nutzbare und konsumfreie Flächen im öffentlichen Raum zugegriffen wird.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG daher folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz bekennt sich zur Unterstützung der gewachsene Wirtschafts- und Gastgewerbe-Strukturen in den Altstadtbezirken sowie zur nötigen Rücksicht auf die Lebensqualität ihrer Bewohner*innen. Weiters bekennt sich der Gemeinderat dazu, dass die Plätze und Straßen der Altstadt weiterhin zuerst soziale Treffpunkte für alle Generationen und für die Bedürfnisse der Vielen sein sollen und erst danach als Veranstaltungsort fungieren können.

2. Diesem Grundsatz folgend, sollen die Plätze und 'Bühnen' unserer Altstadtbezirke Innere Stadt, Lend, etc. auch weiterhin für Kultur-, Sport- und Touristik-Veranstaltungen genutzt werden. Jedoch sollen Veranstaltungen und Events zukünftig nur mit ausreichend langen Planungsvorläufen und in guter Abstimmung mit den Bezirksvertretungen, den Stakeholdern aus Gastronomie und Handel sowie unter dem Primat der bewussten Rücksichtnahme der Stadt auf die essentiellen Grundbedürfnisse der Bewohner*innen der Altstadt-Bezirke geplant und durchgeführt werden.
3. Die zuständige Abteilung wird ersucht, die aus dem Jahr 2007 stammenden Veranstaltungsrichtlinien einer Überprüfung im Sinne des Motivenberichtes gemeinsam mit lokalen Akteur*innen aus der Wirtschaft, der Bezirkspolitik und aus der Anwohner*innenschaft zu unterziehen und über den möglichen Änderungsbedarf bis Ende des Jahres zu berichten.
4. Immobilien- und Beteiligungsstadtrat Dr. Günter Riegler wird in Zusammenarbeit mit der Holding und der GBG ersucht, für Events, welche belastende Lärmemissionen verursachen, bzw. sich bis in die Nacht erstrecken oder mehrere Tage oder auch Wochen dauern, Orte und Plätze zu erkunden, die als sogenannte 'Veranstaltungswiese' geeignet sein könnten. Ein entsprechender Informationsbericht über die Ergebnisse sowie weitere Schritte für die Auswahl und schließlich Einrichtung einer Veranstaltungswiese sind dem Gemeinderat bis Oktober vorzulegen.
5. Der Gemeinderat ersucht den Stadtsenat in Bezug auf die für diesen Sommer geplanten Veranstaltungen auf dem Karmeliterplatz zum Schutz der AnrainerInnen auf die Einhaltung der *Richtlinien für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen GZ: Präs. 011962/2003, A 10/1 008065/2004* zu achten und von Ausnahmeregelungen gemäß § 2 Z 5 Abstand zu nehmen.



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.06.2020

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Mehr und besser genutzte Wohnstraßen für Graz

Die Corona-Krise hat wie ein Vergrößerungsglas manche Probleme und Ungerechtigkeiten aufgezeigt. Andere Probleme wie die Dominanz des Autoverkehrs haben sich vorübergehend verbessert - kaum ein Grazer oder eine Grazerin hat nicht genossen, wie ruhig die Grazer Straßen zwischenzeitlich waren. Viele BürgerInnen haben nun das Bedürfnis, Straßen wieder vielfältiger nutzen zu können. Noch vor 50 Jahren war es völlig normal, dass Kinder auf wenig befahrenen Straßen Ball gespielt haben oder mit Straßenmalkreide gemalt haben. Heute ist das nur in Wohnstraßen tatsächlich erlaubt. In einer Wohnstraße ist laut StVO das Betreten und insbesondere das Spielen gestattet, Autos dürfen im Schrittempo zu- und abfahren.

In Graz gibt es derzeit 18 Wohnstraßen, das sind nur 0,3% des gesamten Straßennetzes. Noch vor dem Sommer soll erfreulicherweise die Nepomukgasse in Andritz in eine Wohnstraße verwandelt werden. Das ist zwar grundsätzlich positiv, geht man aber die Liste der Grazer Wohnstraßen durch, sticht eines ins Auge: Gerade in den innerstädtischen Bezirken mit wenig Grünraum, wo der Bedarf an zusätzlich Spielflächen für Kinder besonders groß wäre, gibt es keine Wohnstraßen. Im Fall der Nepomukgasse wurde in einer Gegend mit vielen Einfamilienhäusern und Gärten und so gut wie keinem Durchzugsverkehr eine Wohnstraße ausgewiesen. Das ist zwar für die Menschen, die dort wohnen, positiv, es geht aber doch noch etwas ambitionierter! Außerdem macht es Sinn, nicht nur eine Straße oder einen Straßenabschnitt, sondern ein ganzes Gebiet, wie es in Eggenberg rund um die Thaddäus-Stammel-Straße und den Eppensteinerweg passiert ist, als Wohnstraßengebiet auszuweisen.

Redet man mit AnrainerInnen bestehender Wohnstraßen, bekommt man oft auch die Rückmeldung, dass die Wohnstraßen von vielen AutofahrerInnen ignoriert werden, nach wie vor gebe es viel

Durchzugsverkehr. Das führt dazu, dass Eltern ihre Kinder erst wieder nicht auf der Straße spielen lassen, obwohl es grundsätzlich erlaubt wäre. AnrainerInnen wünschen sich deswegen verstärkte Kontrollen in ihren Wohnstraßen. Viele Menschen wissen auch gar nicht, was auf einer Wohnstraße erlaubt ist. Ernst Muhr (Fratz Graz) und Karl Reiter (Forschungsgesellschaft Mobilität) haben deshalb unlängst ein kleines „Wohnstraßenspielbuch“ herausgegeben. Diese Broschüre könnte vonseiten der Stadt an alle AnrainerInnen von Wohnstraßen verteilt werden. Fratz Graz plant diesen Sommer außerdem Spielaktionen in einigen der bestehenden Wohnstraßen, um mit Kindern spielerisch zu erproben, wie sie „ihre“ Wohnstraße nutzen können.

Wie könnten mehr Straßen in Graz zu Wohnstraßen werden? In Freiburg, einer Stadt mit ähnlicher Größe, gibt es beispielsweise 180 sogenannter „verkehrsberuhigter Bereiche“, die mit unseren Wohnstraßen vergleichbar sind. Erstens wäre eine Überarbeitung des jetzigen, relativ komplexen Prozederes zur Wohnstraßenernennung sinnvoll. So müssen derzeit von BürgerInnen, die gerne eine Wohnstraße in ihrer Nachbarschaft hätten, zuerst Unterschriften der AnrainerInnen gesammelt werden, dann kommt ein Kriterienkatalog der Verkehrsplanung zum Einsatz und danach werden alle AnwohnerInnen befragt. Die meisten Initiativen für Wohnstraßen sind in letzter Zeit anscheinend an dem Kriterienkatalog, der etwa die Kfz-Verkehrsmengen, den LKW-Anteil, die Verkehrssicherheit, die Funktion der Straße und die Altersstruktur der AnrainerInnen umfasst, gescheitert.

Zweitens könnten im Sommer wenig befahrene Straßen, einem Wiener Beispiel folgend, zu temporären Spielstraßen erklärt werden. Dabei werden wenig befahrene Straßen regelmäßig für einen Nachmittag gesperrt und von Spielmobil-Vereinen betreut. Derartige Aktionen ermutigen Familien und Kinder, die Straße überhaupt wieder als Ort des Spieles und Aufenthalts wahrzunehmen und würden sicher die eine oder andere Wohnstraßen-Initiative in Gang bringen. Meine bereits vor zwei Jahren eingebrachte Frage, ob solche temporären Spielstraßen auch für Graz denkbar wären, wurde zwar grundsätzlich positiv und wohlwollend beantwortet, getan hat sich aber noch nichts.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, mit der Polizei Gespräche aufzunehmen, um zu erreichen, dass mehr Schwerpunktkontrollen in den bestehenden Grazer Wohnstraßen durchgeführt werden, bei denen zunächst nur verwahrt werden soll.
- 2.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht zu prüfen, ob eine Verteilung der Broschüre „Wohnstraßenspielbuch“ an alle AnrainerInnen von Wohnstraßen möglich ist.
- 3.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, in Zusammenarbeit mit Stadtrat Kurt Hohensinner und Vereinen, die mobile Spielaktionen (z.B. FRATZ Graz, WIKI) anbieten, Vorschläge für temporäre Spielstraßen nach Wiener Vorbild zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis zur

nächsten Sitzung im Juli vorzulegen, damit die temporären Spielstraßen noch diesen Sommer starten können.

- 4.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, dem Verkehrsausschuss bis Oktober 2020 eine Übersicht über alle Wohnstraßen-Initiativen, die in den letzten Jahren gestartet, jedoch nie realisiert wurden, sowie einen Überarbeitungsvorschlag für das Wohnstraßen-Prozedere, der eine niederschwelligere Beantragung ermöglicht, zu präsentieren.
- 5.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Einrichtung einer Wohnstraße in der Grenadiergasse, die sich aus mehreren Gründen (kaum Autoverkehr, 3 Schulen) sehr gut als Wohnstraße eignen würde, zu prüfen und damit auch dem einstimmigen Beschluss des Bezirkrates Gries nachzukommen.

Betreff: Initiative „Unser Wirt ums Eck“



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gastronomie gilt allgemein als ein entscheidender Faktor zur Belebung eines Stadtviertels. Dem will man ja auch über die Initiative „Summer in the City“ Rechnung tragen, die man eben aus diesem Grund auch seitens der Stadt unterstützen will. Wobei nicht allein nur die Gastronomie selbst im Focus steht – über diesen Weg erwartet man sich auch den innerstädtischen Handel nach den schweren Corona-bedingten Einbrüchen wieder zu stärken.

Zu bedenken ist aber auch, dass Graz nicht nur aus den 14 an diesem Schwerpunkt mitwirkenden Innenstadt-GastronomInnen besteht, Graz nicht allein die Innenstadtwirtschaft im Auge haben soll: Genauso wichtig sind unsere Gastronominnen und Gastronomen in den anderen 16 Stadtbezirken, ebenso wichtig sind die vielen Handelsunternehmen und Gewerbetreibenden in den übrigen 16 Stadtbezirken. Auch hier gilt es, Akzente zu setzen – denn auch hier geht es um Tausende Arbeitsplätze, um regionale Wertschöpfung.

Denn auch in den Bezirken – in Mariatrost ebenso wie in Straßgang, in Andritz ebenso wie in Puntigam – ist der sprichwörtliche „Wirt ums Eck“ oftmals ein Dreh- und Angelpunkt für das Bezirksleben, der jetzt aber aufgrund der dramatischen Folgen der Corona-Krise in größter existentieller Bedrängnis ist und dringend auch durch die Stadt Unterstützung braucht. Denn die „Wirte ums Eck“, das sind oftmals alteingesessene Traditionsbetriebe, kleine Kommunikationszentren, gleichsam die pulsierenden Herzen eines Grätzels, eines Viertels, eines Bezirks. Wovon dann meist auch der umliegende Handel, benachbarte Gewerbebetriebe profitieren, denn aus Lokalgästen werden nicht selten – weil Tür an Tür oder eine Straße weiter - GeschäftskundInnen. Was somit zur Stärkung der wichtigen Nahversorgung, zur Belebung der Bezirke beiträgt und somit auch der Idee der „Stadt der kurzen Wege“ zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs entspricht.

Alles also gute Gründe, ebenso wie für den innerstädtischen Bereich eine breitangelegte Initiative zur Unterstützung der Gastronomie auch in den 16 nicht innerstädtischen Bezirken zu starten. Ansatzpunkte dafür gäbe es viele: Die Stadt Wien beabsichtigt etwa, die Gastronomie durch Gutscheine – im Wert von 30 Euro pro Einpersonenhaushalt, 50 Euro für Mehrpersonenhaushalte zu fördern. Graz

könnte diesem Beispiel durchaus folgen, aber im Sinne des regionalen Gedankens ein wenig adaptiert, indem Haushalte solche Gastrogutscheine nur bei der Gastronomie im eigenen Bezirk einlösen können.

Es gäbe aber auch weitergehende Möglichkeiten, wie seitens der Stadt die Gastronomie in dieser schwierigen Situation in den Bezirken unterstützt werden könnte, zum Beispiel

- unter Mitwirkung der Wirtschaftskammer und der jeweiligen GastronomInnen die Herausgabe von Bezirks-BIG, in denen sich die Wirtshäuser, Restaurants und Cafes des betreffenden Bezirks präsentieren
- bei Bedarf Hilfestellung bei Online-Auftritten durch die Agentur 8010
- Errichtung von überdachten Fahrrad-Abstellplätzen im Umfeld der Lokale
- Bereitstellung von Informationsmaterial über Naherholungsmöglichkeiten, Spazierwege, Radwege, Sehenswürdigkeiten im Umfeld
- Hilfestellungen bei der Entwicklung und Durchführung von Bezirks-/Grätzelfesten

Der Fantasie sind in der Hinsicht keine Grenzen gesetzt, denn Möglichkeiten gibt es viele – und die Kreativität und die Professionalität im Haus Graz sind ebenfalls bekannt grenzenlos: Die Kommunikationsabteilung, die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus und die Agentur 8010 wären durchaus in der Lage, im Verein mit der WK und interessierten GastronomInnen ein sehr innovatives, gutes Paket zu entwickeln.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, prüfen zu lassen, ob über eine Initiative „Unser Wirt ums Eck“

1. analog zur Stadt Wien gemäß Motivenbericht durch die Stadt Graz Gastro-Gutscheine für jeden Grazer Haushalt in der Höhe von 50 Euro pro Mehrpersonenhaushalt und 30 Euro pro Einpersonenhaushalt ausgegeben werden können, wobei diese Gutscheine jedoch ausschließlich in der Gastronomie im Wohn-Stadtbezirk eingelöst werden können und
2. unter Einbindung der Abteilungen für Wirtschaft und Tourismus, Kommunikation und der Agentur 8010 und mit Mitwirkung von Wirtschaftskammer und interessierten GastronomInnen – wie im Motivenbericht beschrieben und anhand von Beispielen skizziert – ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Gastronomie in allen 17 Grazer Stadtbezirken entwickelt werden kann.

Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen.

Betreff: Prüfung der Notwendigkeiten/Erfordernisse
für eine Leerstandserhebung



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingbracht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Susanne Bauer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Wohnungsleerstand ist ein Problem, mit dem fast alle Städte zu kämpfen haben und ist gesellschaftlich unerwünscht, weil Wohnungsknappheit vorgespielt wird, obwohl Wohnraum vorhanden ist und Grund und Boden zusätzlich verbaut wird. Was wiederum zu Verknappung von Flächen für sozialen/geförderten Wohnbau und dessen Verteuerung führt. Leerstand fördert somit sogar steigende Wohnungspreise und verursacht durch zu leistende kommunale Infrastrukturaufwendungen – wenn für Leerstand aufgewendet – zusätzliche Kosten.

Die Motive, warum Wohnungen leer stehen, sind vielfältig und reichen von Spekulation, Geldanlage und Gewinnabsicht, Unvermietbarkeit von „Bruchbuden“, Ablehnung des Kümmerns rund um die Vermietung (Scherereien) bis hin zu Eigenbedarf, Abwicklung von Verlassenschaften bzw. Zweitwohnsitzen.

Deshalb sind viele Kommunen in Österreich, in Deutschland und auch in der Schweiz dazu übergegangen, den Leerstand hinsichtlich Umfang und Motiv zu erheben und Maßnahmen bzw. Gegenstrategien zu entwickeln: Die Bandbreite reicht von Anreizmodellen bis hin zu – Paradebeispiel deutsche Städte – Strafandrohungen in Verbindung mit Zweckentfremdungsverordnungen bei überlangem Leerstand.

Dass es auch in Graz einen nicht unerheblichen Leerstand gibt und dieser zuletzt aufgrund des enormen Baubooms, und da speziell wegen der Anlegerwohnungen sogar noch deutlich größer wurde, wird von allen Fachleuten auch aus der Immobilienbranche angesprochen. Uneinigkeit herrscht nur, was das Ausmaß betrifft. Sehr konservative, extrem vorsichtige Schätzungen sprechen von 7.000 leerstehenden Wohnungen in Graz. Was allein schon, könnte deren Einbringung in den Wohnungsmarkt gelingen, ein enormer Gewinn wäre. Es gibt aber auch Berechnungsmodelle, die mit weiteren realistischen Annahmen bis zu 11.000 Wohnungen gehen können. Und das in einer Stadt, in der gleichzeitig an allen Ecken und Enden gebaut wird und in der – zum Unmut vieler GrazerInnen – bislang freie Wiesen zubetoniert werden, in der in Einfamilienhaus-Siedlungen große Wohnblöcke hineingepflanzt

werden, in der alte Villen abgerissen und diese architektonischen Juwelen durch Betonquader ersetzt werden.

Um diese Bauentwicklung maß- und sinnvoll zu gestalten, um gleichzeitig auch mehr Möglichkeiten für leistbares Wohnen – sowohl in Hinblick auf das Mieten als auch betreffend das Errichten von gefördertem Wohnbau und Gemeindewohnungen – zu schaffen, ist es unumgänglich, auch in Graz in Hinblick auf den Wohnungsleerstand zu einem aussagekräftigen Ergebnis zu kommen, um darauf aufbauend in weiterer Folge Überlegungen anzustellen, wie dieser Leerstand mobilisiert, sprich für den Wohnungsmarkt gewonnen werden könnte. In diesem Zusammenhang soll auf jeden Fall auch auf die Erfahrungen bzw. Maßnahmen österreichischer, deutscher und Schweizer Städte zurückgegriffen werden, wie diese den Leerstand ermittelt haben und auch darauf, welche Strategien sie zur Verringerung des Leerstandes entwickelten: Werden doch vielfältige Erhebungsmethoden angewandt, von Stromverbrauchsmessungen bis hin zu verpflichtenden Leerstandmeldungen, wie es in weiterer Folge auch unterschiedlichste Mobilisierungsmaßnahmen gibt. Entscheidend dabei ist, sofern die vorhandenen kommunalen Möglichkeiten nicht ausreichen, für eine Leerstandserhebung eine gesetzliche Basis zu schaffen, etwa über einen Vorstoß über den Städtebund oder eine Initiative im Parlament.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio werden ersucht, unter Berücksichtigung der Erfahrungen bereits durchgeführter Leerstandserhebungen von österreichischen, deutschen und Schweizer Städten über das Stadtplanungsamt bzw. Wohnen Graz prüfen zu lassen, inwieweit Graz selbständig eine Leerstandserhebung durchführen kann bzw. welcher Parameter/Voraussetzungen/Rahmenbedingungen es bedarf, um eine Leerstandserhebung realisieren zu können, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung des Landes- und Bundesgesetzgebers. Dem Gemeinderat ist bis September dieses Jahres ein Bericht vorzulegen.



Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 18. Juni 2020

eingebracht von **Sabine Reininghaus**

Betrifft: Bekenntnis zu Vielfalt und Toleranz

Am 08.02.2001 erklärte sich die Stadt Graz, unter Altbürgermeister Stingl, zur „Menschenrechtsstadt“ und brachte damit ihr Verständnis für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft zum Ausdruck. Im Gemeinderatsbeschluss desselben Tages hieß es unter anderem: *„Die Stadt Graz, insbesondere die Stadtregierung und der Gemeinderat, werden sich in ihrem Handeln von den internationalen Menschenrechten leiten lassen.“*

Die Stadt Graz hat mit dieser Erklärung ein Bekenntnis zur Akzeptanz von Vielfalt in unserer Gesellschaft abgelegt. In den kommenden Wochen hat die Stadt Graz wieder die Möglichkeit, sich für eine weltoffene und gerechte Gesellschaft auszusprechen und entsprechende Zeichen zu setzen. Der weltweit am 28.06. abgehaltene Christopher Street Day (CSD), erinnert an jenen Aufstand vor 51 Jahren in New York, in welchem sich Menschen gegen Rassismus und Ausgrenzung auflehnten. Um den Christopher Street Day weiter ins Bewusstsein zu rücken, stellt das Hissen von Regenbogenflaggen für die Stadt Graz und Holding eine einfache und kostengünstige Initiative dar.

Natürlich, es ist viel passiert zwischen 1969 und heute, aber die Thematik hat an Aktualität nichts verloren. Für die Menschenrechtsstadt Graz darf es daher keine

Ausrede sein, die Lebensfreude und den Stolz der LGBTQ-Community dieses Jahr nicht teilen und unterstützen zu wollen.

Im Sinne einer lebensbejahenden, toleranten und vielfältigen Stadt, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadt Graz bekennt sich als Menschenrechtsstadt zur vollen Gleichstellung aller Menschen unabhängig von sexueller Orientierung und Lebensstil.
2. Die Stadt Graz setzt ein deutliches Zeichen für eine tolerante Stadt und wird an die Holding Graz herantreten, um im „Pride“-Monat Juni und insbesondere am Christopher Street Day (CSD) zu prüfen, dass alle Grazer Straßenbahnen und Busse, sowie die Herrengasse an den vorhandenen Flaggenmasten mit Regenbogenfahnen versehen werden.
3. Die Stadt Graz tritt an die Holding Graz heran, um die Umsetzung sogenannter „Regenbogenbänke“ an passenden Orten (beispielsweise in der Annenstraße, Bank direkt vor dem LilaRosa-PantherInnen-Lokal, im Haltestellenbereich) zu prüfen.
4. In der „BIG“ und anderen stadteigenen Medien möge während dem Pride-Monat über die Hintergründe und Abhaltung des CSD informiert werden.
5. Das Datum des CSD möge als Konstante im Kalender der Stadt Graz vermerkt werden.

